RA 23 – Gesundheitssystem

1.Allgemein

Um in Deutschland eine ärztliche Behandlung zu bekommen, muss man mindestens gesetzlich versichert sein.

* Regelt die Beziehungen im Gesundheitswesen zwischen Versicherungen, Versicherten und Leistungserbringern
* Beteiligte:
  + Empfänger von Gesundheitsleistungen (Patienten)
  + Leistungserbringer (Ärzte, Apotheker, Pflegepersonal,…)
  + Leistungsfinanzierer: Direktzahler, gesetzlich oder privat Versicherte, Arbeitgeber
  + Leistungszahler: Direktzahler, Leistungsträger (Versicherungen), staatliche Beihilfestellen
  + Staat: gesetzliche Körperschaften, wie Bund, Länder und Kommunen und seine Regulierungs- und Überwachungsstellen (z.B.: Gesundheitsämter)
  + Weitere Interessenverbände (z.B.: Selbsthilfegruppen)

2. Gesetzliche Rahmenbedingung für Asylbewerber

Für die medizinische Versorgung und deren Finanzierung ist die Behörde zuständig, an der man sich zuerst registriert hat.

Flüchtlinge, deren Ausreisetermin samt einer Ausreisemöglichkeit feststeht, haben bis zu diesem Termin ein Recht auf eine medizinische Grundleistung.

Wird der Ausreisetermin von dem Flüchtling nicht wahrgenommen, entfällt dieser Anspruch auf medizinische Versorgung. Dies gilt nicht, wenn der Flüchtling nicht für das Versäumnis der Ausreise schuldig ist.

Ärzte sind zur Behandlung mit Medizin und Verbandszeug verpflichtet, wenn die Behandlung notwendig und nicht aufschiebbar ist. Dies gilt zum Beispiel bei akuten Erkrankungen und Schmerzzuständen. Eine Behandlung mit Zahnersatz ist nur in Einzelfällen aus medizinischer Sicht vorgesehen.

Ebenso haben die Flüchtlinge einen Anspruch auf einen vollständigen Impfschutz sowie Vorsorgeuntersuchungen (Zahnvorsorge, Kinderuntersuchungen, Krebsvorsorge, Gesundheitsuntersuchungen,…).

Schwangeren Frauen und kürzlich gewordenen Müttern werden eine ärztliche und pflegerische Hilfe sowie Betreuung, Hebammenhilfe, Arznei-, Verband- und Heilmittel geboten.

Zu den Leistungen gehören auch Heil- und Hilfsmittel wie Brillen, Hörgeräte, Prothesen, Rollstühle, orthopädische Schuhe, Physiotherapie usw.

Sollte sich ein Arzt weigern eine notwendige Behandlung durchzuführen, kann er rechtlich belangt werden. Dies gilt ebenso für Sozialamtssachbearbeiter. (Unterlassene Hilfeleistung)

Außerdem haben Flüchtlinge auf sonstige Leistungen, sollten diese für die Gesundheit notwendig sein. Dies sind zum Beispiel Therapien für Menschen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere psychische, physische oder sexueller Gewalt erlitten haben.

Auch haben Flüchtlinge Anspruch auf Behindertenpflege, Mittel zur Schwangerschaftsverhütung und Vorsorge gegen sexuell übertragbare Krankheiten.

3.Kontaktdaten

<http://rlc-regensburg.de/>

Dr. Florian Eder berichtete bei seinem Gastvortrag von Schleppern und ihren Opfern. Der Rechtsanwalt aus Freilassing vertritt als Pflichtverteidiger häufig das „letzte und einfachste Glied in der Kette der Schleusung“.

http://www.lawclinicmunich.de/

Der Refugee Law Clinic Munich e.V. ist ein ehrenamtlicher eingetragener Verein München, der Geflüchteten kostenlose Rechtberatung anbietet.

<http://refugeelawclinic.uni-leipzig.de/>

Die Refugee Law Clinic ist eine ehrenamtlich organisierte Initiative in Leipzig. Wir haben uns zum Aufgabenfeld die Beratung von geflüchteten Menschen gemacht, die in Deutschland Asyl suchen.

Wir wollen dabei Antragsteller\*innen über das Asylverfahren informieren, ihnen bei ihrem Antrag behilflich sein und sie während des Verfahrens begleiten. Unser Fachgebiet umfasst also das Asylverfahrensrecht, und alle damit verbundenen Themen wie z.B. das Dublin-Verfahren. Eine Beratung von Personen, die bereits einen Aufenthaltstitel erlangen konnten, können wir leider aus Kapazitätsgründen nicht anbieten.

<http://www.jura.uni-hamburg.de/wissenschaftliches-personal/juniorprofessuren/nora-markard/rlc/>

Die [Refugee Law Clinic Hamburg](http://www.jura.uni-hamburg.de/studierende/lehrveranstaltungen/rlc/) (RLC) ist ein studentisch initiiertes Projekt, in dem ab WS 2015/16 Studierende der Rechtswissenschaft für die ehrenamtliche Flüchtlingsberatung ausgebildet werden.